

Arbeitsbericht der Geschäftsstelle

Berichtszeitraum: Dezember 2019 – November 2021

Vorgelegt zur Mitgliederversammlung des Grundrechtekomitees am 6. November 2021 in Köln

Einführung

Der vorliegende Arbeitsbericht enthält die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees in den verschiedenen Themenbereichen der vergangenen zwei Jahre. Der Mitgliederversammlung wird damit ein Überblick über die satzungsgemäßen Tätigkeiten im Einzelnen gegeben, der Bericht dient darüber hinaus als Grundlage zur Diskussion über weiterführende Perspektiven.

Der Finanzbericht einschließlich des Revisionsberichtes wird eigens vorgelegt, ebenso wie der Bericht des Gefangenenbeauftragten und des Projekts „Ferien vom Krieg“.

Wir möchten zunächst von zwei sehr geschätzten Menschen Abschied nehmen: Am 21. September 2021 ist unser Geschäftsführender Vorstand und lieber Freund und Weggefährte Heiner Busch gestorben. Am 29. Oktober 2020 war zudem unser langjähriger Freund und Unterstützer Peter Grottian verstorben.

Geschäftsstelle

Die Arbeit in der Geschäftsstelle war mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland von Einschränkungen betroffen. Die Mitarbeiter*innen teilten sich die Arbeit im Büro ab März 2020 aufgrund der Kontaktbeschränkungen zur Einschränkung der Pandemie im Home-Office und mit versetzter Anwesenheit im Büro auf. Die Räumlichkeiten erlaubten dann eine Arbeit in Präsenz und mit Masken. Die Zusammenarbeit mit dem im November 2019 neu gewählten Vorstand wurde ins Digitale verlegt, da Präsenztreffen über längere Zeit nicht möglich waren. Neben monatlichen Online-Treffen fanden im August 2020 sowie im Juni und August 2021 drei Wochenenden mit Vorstandstreffen in Präsenz statt. Inhaltliche Veranstaltungen des Grundrechtekomitees wurden seitdem ebenfalls online angeboten.

Hauptamtliche Stellen

Dirk Vogelskamp hat die Geschäftsstelle zum 31.7.2020 verlassen. Seitdem arbeitet die Geschäftsstelle kontinuierlich mit 2 Referatsstellen, die mit Britta Rabe und Michèle Winkler mit je 26 Std/Woche besetzt sind.

Seit dem 16. August 2021 ist zudem Sebastian Rose für das Projekt „Abschiebungsreporting NRW“ mit 20 Wochenstunden in den Räumen der Geschäftsstelle tätig. Das Projekt Abschiebungsreporting NRW wird zunächst für 12 Monate aus finanziellen Mitteln der Evangelischen Kirchen finanziert und dokumentiert besonders schwere Fälle von Abschiebungen aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen (s.u.)

Für das Projekt „Ferien vom Krieg“ sind zudem Tessa Pariyar und Katharina Ochsendorf mit 26 Std/Woche in der Geschäftsstelle tätig.

Weitere Stellen

Weiterhin arbeitet Bettina Jung mit einem Minijob einmal wöchentlich in der Geschäftsstelle, sie betreut den Versand von Schreibmaschinen und Bücher an Gefangene. Zusätzlich übernimmt sie das Layout der „Informationen“.

Christian Herrgesell ist nebenberuflich weiterhin als Gefangenenbeauftragter bei uns tätig und betreut die Gefangenenpost. Als Aufwandsentschädigung erhält Christian Herrgesell monatlich eine Pauschale (Übungsleiterpauschale).

Druckerzeugnisse

Die Geschäftsstelle gibt jährlich vier Ausgaben der „Informationen“ heraus. Dieser 8-seitige Print-Newsletter über die Tätigkeiten des Grundrechtekomitees im Format A5 erreicht per Post rund 5.000 Adressen.

Michèle Winkler und Britta Rabe sind zudem für weiterhin das Grundrechtekomitee in der Redaktion des Grundrechteports, der mittlerweile von 10 Menschenrechtsorganisationen herausgegeben wird und jährlich im Mai erscheint. Die Redaktion trifft sich aufgrund der Corona-Pandemie seit Frühling 2020 monatlich digital.

Die Pressekonferenzen zur Präsentation des Buches fanden 2020 und 2021 im Maison de France in Berlin statt. Im Jahr 2020 wurde die Präsentation von Michèle Winkler moderiert, die in dem Zuge auch einige Interviewtermine wahrnahm. Die Präsentationen wurden jeweils live gestreamt, konnten öffentlich verfolgt und können nachträglich angeschaut werden. Aufgrund der positiven Resonanz und der hohen Zuschauer*innenbeteiligung ist die Online-Übertragung der Präsentationen auch in Zukunft geplant.

Online-Auftritt und Soziale Medien

Im Jahr 2020 wurde die alte Webseite abgestellt und die Webseite im neuen Design freigeschaltet. Es stehen weitere Optimierungen an der neuen Webseite aus, u.a. die Onlineregistrierung für den digitalen Newsletter, die Registrierung als Fördermitglied und die Möglichkeit, online zu spenden.

In den Sozialen Medien ist das Grundrechtekomitee mit einer Profilseite auf Facebook und mit einem Twitteraccount aktiv. Aufgrund der geringen Reichweite (wenige Follower*innen) wird Facebook nur für Veranstaltungsankündigungen genutzt, weitere Inhalte werden dort nur in Ausnahmefällen bereitgestellt.

Die Reichweite des Twitter-Accounts steigt langsam, aber kontinuierlich an. Die Zahl der Follower*innen wurde innerhalb der letzten vier Jahre von rund 1.800 auf jetzt 3.864 (Stand 3.11.2021) mehr als verdoppelt. Der Twitter-Account wird täglich bespielt und findet gute Resonanz. Gleichwohl sind wir damit immer noch ein kleiner Account mit eher niedriger Reichweite.

Inhaltliche Schwerpunkte

40 Jahre Grundrechtekomitee

Vom 2. Dezember 2020 bis 27. Januar 2021 haben wir anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Grundrechtekomitees eine vierteilige Online-Veranstaltungsreihe zur Geschichte des Komitees veranstaltet. Mit (ehemaligen) Aktiven und externen Gästen blickten wir in der Eröffnungsveranstaltung zurück auf die Gründung und Entwicklung des Grundrechtekomitees und diskutierten aktuelle politische Herausforderungen. Weitere Veranstaltungen behandelten die Bedeutung von Aktionen des Zivilen Ungehorsams in Theorie und Praxis. Den Abschluss der Reihe bildete eine Diskussion über die Aktualität des Begriffs der materiellen Menschenrechte, den Wolf-Dieter Narr prägte. Die vier Online-Veranstaltungen waren mit jeweils bis zu 100 Gästen sehr gut besucht. Die Videomitschnitte können weiterhin über unsere Webseite abgerufen werden.

Coronapandemie

Die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sind bis heute ein inhaltlicher Schwerpunkt des Grundrechtekomitees, sind schließlich sämtliche Lebensbereiche davon betroffen.

Zu diversen Grundrechtseinschränkungen nahm die Geschäftsstelle während der vergangenen zwei Jahre regelmäßig mit Pressemitteilungen, Interviews, in Diskussionen und Zeitungsartikeln kritisch aus menschenrechtlicher Perspektive Stellung, etwa zu den Änderungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), zu

den Verboten und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, den Ausgangssperren, der Impfpriorisierung oder zuletzt zur Impfpflicht. Ein Schwerpunkt waren stets die gesundheitlichen und sozialen Folgen besonders für marginalisierte Personengruppen. Insbesondere gab es mehrere Stellungnahmen zur Zwangsquarantäne in Gemeinschafts- oder Flüchtlingsunterkünften, Gefängnissen u.a.

Das Grundrechtekomitee intervenierte außerdem mit Debattenbeiträgen in die Diskussion um den Aufruf "ZeroCovid" aus dem linken Spektrum. Er warb Anfang 2021 für einen vorübergehenden "harten Lockdown", um die Pandemie zu beenden. Unter anderem vertrat das Vorstandsmitglied Guillermo Ruiz die Position des Grundrechtekomitees in einer Online-Veranstaltung der LINKEN mit Raul Zelik.

Allianz für Rechtssicherheit

Das Grundrechtekomitee ist weiterhin in der Allianz für Rechtssicherheit vernetzt und aktiv. Diese hat das Ziel, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern und ein umfangreicheres Gemeinnützigkeitsrecht zu schaffen. Zusammen werden dort aktuelle politische Entwicklungen debattiert und sich auf vielfältige Weise öffentlich positioniert und eingesetzt für die Erhaltung oder – im schlechtesten Fall – die Wiedergewinnung der Gemeinnützigkeit. Dies betrifft insbesondere solche Vereine, die politisch emanzipatorische Aufklärungsarbeit leisten und seit einiger Zeit verstärkt betroffen sind von der Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit (siehe etwa Attac, VVN-BdA).

Inhaltliche Arbeit in den vier Kernbereichen

Grenzen und Migration

- Die Petition für ein Bleiberecht für alle, die am 23. Oktober 2019 beim Petitionsausschuss eingereicht wurde, ist bis heute nicht entschieden. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat bis dato keine Stellungnahme abgegeben. MdB Friedrich Straetmanns hatte zuletzt die lange Bearbeitungszeit seitens des BMI beim Petitionsausschuss moniert.
- Britta Rabe verfolgt für das Grundrechtekomitee den Strafprozess von drei Jugendlichen, die in Malta wegen Terrorismus und Piraterie angeklagt sind. Die sogenannten "El Hiblu 3" waren am 27. März 2019 mit weiteren 105 Flüchtenden vom Frachter El Hiblu auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet worden und sollten gegen ihren Willen zurück nach Libyen gebracht werden. Die Geretteten brachten die Crew dazu, beizudrehen und sie stattdessen nach Malta zu bringen. Das Grundrechtekomitee ist Teil der am 27.3.2020 gestarteten Kampagne zur solidarischen Unterstützung der Angeklagten, der Prozess auf Malta läuft noch.
- Die Aktionsform des Bürger*innen-Asyl, das Gruppen in verschiedenen Orten bundesweit anbieten, wurde vom Grundrechtekomitee weiterhin solidarisch unterstützt. Gegen die Kriminalisierung des Aktivisten Hagen Kopp vom Bürger*innen-Asyl in Hanau versendete Britta Rabe Pressemitteilungen und gab Interviews.
- Britta Rabe führte ab Ende 2020 zudem die Aufnahme des neuen Projekts Abschiebungsreporting NRW unter das Dach des Grundrechtekomitees durch. Dies beinhaltete die inhaltliche Ausarbeitung des Konzepts und die Stellenbesetzung zusammen mit dem Flüchtlingsrat NRW, der Diakonie und der BAG Asyl in der Kirche.
Das Projekt soll inhumane Aspekte der Abschiebungspraxis an Einzelfällen öffentlich machen, parteiisch in ausführlichen Berichten über die Abschiebungspraxis informieren und besondere Härten bei Abschiebungen in den Blick nehmen. Dazu sollen die bestehenden Abschiebungspraktiken in NRW näher dokumentiert werden, auch anhand exemplarischer Einzelfälle.
Die Projektstelle wurde am 16. August 2021 von Sebastian Rose angetreten. Seitdem wird das

Projekt aufgebaut, indem Sebastian Rose sich mit Gruppen und Organisationen, die in NRW im Bereich von Abschiebungen (Rechts- und Sozialberatung) tätig sind, vernetzt und erste Fälle von Abschiebungen recherchiert und veröffentlicht.

Die Arbeit des Referenten wird unterstützt von einer Konzept-AG (Britta Rabe ist dort für das Grundrechtekomitee aktiv), einem ehrenamtlichen Beirat sowie einer ehrenamtlichen fachlichen und rechtlichen Beratung. Das Projekt wird mit Mitteln der Evangelischen Landeskirchen in NRW sowie der Diakonie RWL finanziert.

Sicherheitsstaat und Demokratie

- Versammlungsrecht: Im Jahr 2020 wurde in Berlin ein sogenanntes Versammlungsfreiheitsgesetz verabschiedet. Das Grundrechtekomitee hat sich in die Diskussion und Bewertung des Gesetzes mit einer gemeinsamen Stellungnahme mit VDJ und RAV eingemischt, die bürgerrechtliche Position zum Gesetz in einer von der Humanistischen Union organisierten Onlinediskussion eingebracht und auf unserer eigenen Webseite kommentiert.
- Anlässlich der Demonstrationsverbote und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit im Rahmen der Corona-Pandemie veröffentlichte Michèle Winkler im Mai 2020 einen umfassenden Überblick über Entscheidungen und Vorkommnisse.
- Im Frühjahr 2021 wurde ein Gesetzesentwurf für ein eigenes Versammlungsgesetz für NRW bekannt, der die Versammlungsfreiheit im bevölkerungsreichsten Bundesland der BRD deutlich einschränken würde und die Leitlinien des Brokdorf-Beschlusses zu unterminieren sucht. Michèle Winkler hat sich am Aufbau des landesweiten Protestbündnisses „Versammlungsgesetz NRW stoppen“ beteiligt, hat dazu beigetragen die Kritik am Gesetzesentwurf auszuformulieren und hat sowohl für das Grundrechtekomitee als auch für das Protestbündnis als eine Bündnisprecherin Pressearbeit zum Thema gemacht. Im Mai 2021 wurde zudem eine umfangreiche Stellungnahme zum Gesetz erarbeitet und zusammen mit VDJ und RAV veröffentlicht.
- Kritik der Polizei: Der kritische Blick auf das Gewaltmonopol und die Polizeibehörden zieht sich durch die Historie des Grundrechtekomitees und war auch einer der inhaltlichen Schwerpunkte der letzten Jahre. Als Grundrechtekomitee versuchen wir, in aktuelle Debatten zu intervenieren und diese mitzugestalten. So veröffentlichte Michèle Winkler zusammen mit Benjamin Derin den Leitartikel „#Polizeiproblem abschaffen? – Einführende Skizzen zur Kritik der Polizei“ in der CILIP 125 mit dem Schwerpunkt „Lieber ohne Polizei?“. Zudem wurden wir mehrfach als Interviewpartner*innen zum Thema angefragt.
- Im Juni 2021 wurden wir zur Demonstration „Wie viele Einzelfälle braucht es für ein rechtes Netzwerk?“ in Essen eingeladen und Michèle Winkler hielt dort eine Rede. In Essen sind in den letzten Jahren besonders viele Fälle von rassistischer Polizeigewalt öffentlich geworden. Zudem ging der Skandal um ein rechtes Netzwerk in der Polizei NRW von der Essener/Mühlheimer Polizei aus. Auch die von rassistischen und entwürdigenden Stereotypen durchzogene polizeinterne Broschüre zum Umgang mit sogenannter „Clan-Kriminalität“ wurde von der Polizei Essen erstellt und verbreitet.
- Institutioneller Rassismus: Im August und September 2021 veranstaltete das Grundrechtekomitee zusammen mit KOP Berlin und der Initiative „Kein Generalverdacht“ die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Von Polizeischikanen und Stigmatisierung – Die verheerenden Folgen des rassistischen Konstrukts der sogenannten „Clankriminalität“. Die drei Veranstaltungen mit Gästen fanden in Präsenz in der Regenbogenfabrik in Berlin statt und konnten im Livestream verfolgt werden. Die Zusammenarbeit soll verstetigt werden, eine gemeinsame Publikation ist angedacht.

- Ziviler Ungehorsam: Das Grundrechtekomitee ist Mitglied des Fachnetzwerkes Ziviler Ungehorsam und lud neben der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) am 17. Juni 2021 zu einem Online-Fachaustausch ein. Zudem wurde das Grundrechtekomitee als Gesprächspartner für eine Recherche zu Zivilem Ungehorsam bei Klimaprotesten angefragt.
- Klimagerechtigkeit: Wir konnten zwei Texte von Mitgliedern und Sympathisant*innen zum Umgang mit Klimaprotesten veröffentlichen – Aktivistische Reflexion zur Räumung der Besetzung des Dannenröder Waldes 2020 und einen Kommentar zu einem Polizeieinsatz bei Hamm/Westfalen gegen eine Gruppe von Pilger*innen, die sich auf dem „Kreuzweg für die Schöpfung – Von Gorleben nach Garzweiler“ befanden. Zudem schrieb Michèle Winkler eine knappe Einordnung der bahnbrechenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz.

Knast und Gefangenenhilfe

- Die Corona-Pandemie bedeutet bis heute eine weitere Erschwernis im Haftalltag von Strafgefangenen. Sie reicht von erhöhten gesundheitlichen Risiken bis hin zu psychischen Folgen der Kontakteinschränkungen. Gefangene sind trotzdem sie zu Risikogruppen gehören, nicht impfpriorisiert und damit zu großen Teilen bis heute nicht geimpft, weshalb das Grundrechtekomitee mehrfach mit u.a. offenen Briefen die Priorisierung von Gefangenen bei der Corona-Impfung einforderte.
Weiterhin versandte die Geschäftsstelle ein Informationsblatt für Gefangene der Redaktion „Wege durch den Knast“ über die geltenden Corona-Einschränkungen in den einzelnen Bundesländern.
- Britta Rabe gab am 23. Jan 2020 im Arbeitskreis „Hilfen für Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten“ beim „Deutschen Verein“ in Berlin einen Überblick über den aktuellen Stand über die Einbeziehung von Strafgefangenen in die Rentenversicherung. Ein Update ist außerdem im Heft „Informationsdienst Straffälligenhilfe“ der BAG-S sowie im Heft „Vorgänge“ zu finden.
- Britta Rabe und Michèle Winkler boten am 28.08.2020 auf der digitalen Konferenz „Zukunft für Alle“ einen Online-Workshop zu „Alternativen zu Strafe & Gefängnis“ an.
Dies war der Auftakt für eine schwerpunktmäßige Verankerung des Themas in die aktuelle Arbeit des Grundrechtekomitees. Britta Rabe verfolgte die Frage zu Alternativen zu Gefängnis und Strafen weiterhin in Textbeiträgen (CILIP) und Diskussionen, mit dem Fokus auf offene Fragen und Herausforderungen der praktischen Ausgestaltung. Michèle Winkler fokussiert sich schwerpunktmäßig auf die Alternativen zu staatlichem Gewaltmonopol, Polizei und Verfassungsschutz.
- Am 12. April 2021 gründete sich im Zuge einer Online-Veranstaltung zum Abolitionismus-Manifest das „Netzwerk Abolitionismus“, dem auch das Grundrechtekomitee beigetreten ist. Dort werden in regelmäßigen Treffen konkrete Schritte hin zu einer gefängnisfreien Gesellschaft diskutiert und geplant (Streichung der Ersatzfreiheitsstrafe u.ä.) Anlässlich der Bundestagswahl veröffentlichten wir mit sog. „Wahlprüfsteinen“ die Einstellungen und Pläne verschiedener Parteien hinsichtlich der Reduktion/Abschaffung von Strafe und Haft. Mit dem „Justice Collective“ diskutieren wir aktuell gemeinsame Projekte, z.B. eine gemeinsamen Broschüre zum Thema Abolitionismus im deutschsprachigen Raum.
- Seit Oktober 2021 arbeiten Britta Rabe und der Praktikant Merlin Richter zum Thema „Arbeit und Ausbeutung“ in Justizvollzugsanstalten in NRW. In diesem Zuge ist bereits ein Text für das BAG-S erschienen, das die Nicht-Anerkennung des Arbeitnehmer*innenstatus von Strafgefangenen und den nicht gezahlten Mindestlohn behandelt.
- Von der Geschäftsstelle aus versandte Bettina Jung seit Ende 2019 69 Schreibmaschinen (bis

13.8.2021) und 339 Bücher (bis 3.11.2021) an Inhaftierte bundesweit. Unsere Aufrufe, gebrauchte Schreibmaschinen an uns zu spenden, stießen auf große Resonanz. Ebenso gibt es weiterhin eine große Nachfrage nach Schreibmaschinen durch Gefangene und die Wartelisten befüllen sich immer wieder neu.

Krieg und Frieden

- Der Bereich Krieg und Frieden wird neben der engen inhaltlichen Verbindung zum Projekt Ferien vom Krieg vor allem von unserem Mitglied und ehemaligen Mitarbeiter in der Geschäftsstelle Martin Singe betreut. Er publiziert regelmäßig zu diversen Aspekten der Außen- und Rüstungspolitik der Bundesregierung.
- Das Grundrechtekomitee ruft weiterhin zu Aktionen in Büchel auf, sowie zu Aktionen des Bündnisses "Rheinmetall entwaffnen". Anlässlich der Repression gegen Aktivist*innen, die gegen die deutschen Rüstungsexporte bei dem Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Frankfurt protestierten, veröffentlichte das Grundrechtekomitee zudem ein Interview mit Aktivist*innen.
- Aus der Geschäftsstelle wurden das Ende des Afghanistan-Einsatzes und der Truppenabzug der westlichen Allianz bislang in einem Interview und einem Artikel kommentiert.

Allgemeines

- Im Juli 2021 haben wir 300 Ordner mit öffentlichkeitsrelevanten Dokumenten über die Vereinsaktivitäten aus den zurückliegenden 40 Jahren dem Archiv für alternatives Schrifttum (AFAS) in Duisburg übergeben. Die Ordner beinhalten unter anderem Vorbereitungen von Veranstaltungen und Publikationen. Das Archiv bietet geeignete Erhaltungsbedingungen und eine professionelle Betreuung. Zudem wird die Vergangenheit und Entwicklung des Grundrechtekomitees potentiell Interessierten durch eine Katalogisierung perspektivisch (besser) zugänglich gemacht.

Ausblick

Das Grundrechtekomitee wird die bisherigen Kernthemen weiterverfolgen. Weiterhin im Fokus stehen die Gewinnung von Fördermitgliedern und der Erwerb von Spenden zur langfristigen Finanzierung der Vereinsarbeit. Weiterhin hoffen wir, möglichst bald wieder regelmäßig mit Präsenzveranstaltungen in Köln und anderswo sichtbar zu sein.

Geschäftsstelle und Vorstand planen einen Strategieprozess, der von außen fachlich begleitet wird. Dort soll sich fokussiert strukturellen Fragen und politischen Einschätzungen gewidmet werden, die helfen, die Arbeit des Grundrechtekomitees im Geiste der Gründer*innen und ehemaligen Aktiven weiterzuführen und an aktuelle politische Herausforderungen anzupassen. Unsere 4-teilige Veranstaltungsreihe zum 40-jährigen Bestehen hat dazu einen ersten Vorgeschmack geboten.